Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 7-8

Artikel: Jugend durchleuchtet den Militär-/Kriegsdienst und zieht Konsequenzen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141777

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finanzierung und unsere Industrie (Brown Boveri) durch Lieferungen in die Lücke springen würden.

Es sollte in der Schweiz, deren nichtkatholische Kirchen ja auch Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind, wohl etwas mehr für das Bekanntwerden dieser Empfehlungen, auch durch die einzelnen Kirchgemeinden, getan werden. Es gibt gewiss noch viele Christen, die um des höheren Zinses willen — oft ahnungslos — ihr Geld in südafrikanischen Unternehmen anlegen.

Über die Hintergründe des Projektes Cabora-Bassa können wir vielleicht in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht bringen. *B. Wicke*

Jugend durchleuchtet den Militär-/Kriegsdienst und zieht Konsequenzen

Der Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst», der vom 16. bis 18. Mai 1970 im Essener Saalbau tagte, wurde Pfingstmontag mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung des Plenums erfolgreich beendet. Über 1000 Kriegsdienstgegner aus allen Teilen der Bundesrepublik und unterschiedlicher ideologischer Herkunft — konfessionell, gewerkschaftlich, pazifistisch, sozialistisch — nahmen an ihm teil. Diese Teilnehmerzahl ist um so höher zu bewerten, als es sich um einen Kongress handelte, der von Anfang bis Ende durch intensive Diskussion um aktuelle politische Problematik geprägt war. Es kann festgestellt werden, dass dieser erste Versuch, der antimilitaristischen Jugend in ihren unterschiedlichen Gruppierungen ein Forum zu umfassender Kommunikation und Koordination durch gemeinsame, zielgerichtete Diskussion zu schaffen, vollauf geglückt ist. Dies kommt wohl am deutlichsten auch in dem Beschluss der Teilnehmer zum Ausdruck, den Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst» zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Die Bundesgeschäftsstelle der DFG-IDK wurde beauftragt, dazu alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Abschlusserklärung

Die nachstehende Abschlusserklärung gibt die gemeinsamen Vorstellungen aller Projektgruppen wieder. Sie wurde von den Teilnehmern nach eingehender Diskussion im Plenum als Gesamtaussage des Kongresses beschlossen:

Jede Kriegsdienstverweigerung ist eine politisch relevante Entscheidung. Jedoch genügt die individuelle Verweigerung allein nicht zur Abschaffung der Militärapparate. Deshalb muss jeder Kriegsdienstverweigerer aktiv politisch handeln.

Die Verwirklichung der Pläne des Verteidigungsministers Helmut Schmidt zur Schaffung einer Berufsarmee, gekoppelt an ein Milizsystem auf Wehrpflichtbasis, ferner die Einberufung auch der beschränkt Tauglichen, würde zu einer verstärkten Aufrüstung und Militarisierung in der Bundesrepublik führen.

Die Bundeswehr ist in keiner denkbaren Kriegssituation in der Lage, den ihr gestellten militärischen Auftrag zu erfüllen. Die Behauptung, Sicherheit durch Abschreckung zu produzieren, ist eine Zwecklüge. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bundeswehr.

Sollte das nicht geschehen, so muss sich der Verdacht verstärken, dass auf Grund der verabschiedeten Notstandsgesetze der Bundeswehr nur die Funktion einer Bürgerkriegsarmee mit dem Auftrag zukommt, die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse zu garantieren. Die Öffentlichkeit muss über die damit verbundenen Gefahren aufgeklärt werden.

Die immer stärkere Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen bedeutet eine Monopolisierung der Grossindustrie, insbesondere aber der Rüstungsindustrie. Obwohl militärische Verteidigung nicht mehr möglich ist, wird die Hochrüstung im Interesse des Grosskapitals vorangetrieben, wobei der Bevölkerung vorgetäuscht wird, dass dies für die Sicherheit notwendig sei.

Mit allen Mitteln versucht das Kapital, insbesondere durch Massenmedien und Erziehung, die eigenen Profitinteressen als Interessen des Gemeinwohls hinzustellen. Die SPD/FDP-Regierung hat bisher noch keinen Schritt unternommen, um die Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen.

Die Bundesrepublik muss abrüsten, um die allgemeine Abrüstung einzuleiten. Die Konzeption des gewaltfreien Kampfes zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte soll erforscht werden.

Der Kongress fordert die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens für alle Kriegsdienstverweigerer, weil dieses Verfahren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu einem Ausnahmerecht degradiert und den Kriegsdienstgegner diskriminiert.

Der Kongress fordert, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten gesetzlich verankert und von den Vereinten Nationen in den Katalog der allgemeinen Menschenrechte aufgenommen wird. Er fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Kriegsdienstgegner.

Der zivile Ersatzdienst ist unbrauchbar. Notwendig ist die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden und die Verwirklichung eines Friedensdienstes, der Veränderungen der Gesellschaft bewirkt. Für beides hat der Kongress konkrete Modelle entwickelt.

Friedensforschung darf nicht der Stabilisierung der Abschreckungssysteme dienen. Sie muss sich auf die Überwindung «organisierter Friedlosigkeit» und auf die Entwicklung von Handlungsmodellen für nichtmilitärische Konfliktlösungen konzentrieren.

Der Kongress beschliesst, ein Komitee «Jugend gegen Kriegsdienst» zu bilden mit dem Ziel, die Arbeit aller Kriegsdienstgegner zu koordinieren und Kontakt zu antimilitärischen Gruppen im In- und Ausland aufzunehmen, um die hier erhobenen Forderungen in die Tat umzusetzen.

Aus «Courage», Köln, Nr. 5/6, 1970.

Nachschrift: Dem Unterzeichneten ist in der Schweiz kein Presseerzeugnis bekannt geworden, welches von diesem hochbedeutsamen Kongress berichtet hätte. So frei ist die «freie Information» anscheinend doch nicht in einem Lande, in welchem der Militarismus mit einem Gesamtverteidigungsplan die allgemeine Militarisierung durchdrücken will. Um so mehr tut uns eine freie Information not. Möge sie mithelfen, in der Schweiz glimmende Dochte zu hellem Feuer der Erkenntnis und der Taten zu entflammen. *Willi Kobe*